Preußische Gesetzsammlung

1933 Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933 Mr. 24 Tag Inhalt: Seite 6. 4. 33. Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in ber gemeindlichen Verwaltung . . 93 Geset über die Beendigung der Amiszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindes verbänden sowie über die Bestätigung von Gemeindebeamten und ihre Wahlen in den Hohenzollernschande 6. 4. 33. Gefet zur Ausführung bes Gleichschaltungsgesetzes in ben Gemeinben und Gemeinbeverbanben bom 6. 4. 33. Geseg über die Erflärung ber Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Berbandsversammlung bes Sieblungsver-6. 4. 33. bandes Ruhrkohlenbezirk Bekanntmachung ber nach bem Gesethe vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlaffe, Urfunben ufiv.

(Rr. 13862.) Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Berwaltung. Bom 6. April 1933. magnismas netadoled netallimorqual sente niendami

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird: (a) In Landgemeinden mit nicht mehr alf 3000 Einwohnern ist die Einrichtung besoldeter

Im Titel VIII und im § 72 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen tritt an die Stelle der Zahl "2500" die Zahl "10 000".

\$ 2.

- (1) In Stadtgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern werden die Stellen des Bürgermeisters, der Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Beigeordneten ehrenamtlich verwaltet. Die Wahlzeit endet gleichzeitig mit der Wahlzeit der Gemeindevertretung. Die Neuwahl hat alsbald nach der Neuwahl der Gemeindevertretung stattzufinden; die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten im Amte.
- (2) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, kann durch Ortsfatzung die Stelle eines hauptamtlichen besoldeten Bürgermeisters oder Stadtrats (Rats= herrn, Beigeordneten) eingerichtet werden. Die Ortsfatzung bedarf der Genehmigung der Auffichtsbehörde.
- (3) Soweit in Städten mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Bürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes und Beigeordnete besoldet angestellt sind, verbleibt es bis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustande.

(1) Die Höchstzahl der besoldeten Mitglieder des Magistrats einschließlich des Bürgermeisters (Oberbürgermeisters) beträgt in Stadtgemeinden mit mehr als 10 000,

mit mehr als 50 000, jedoch mit nicht mehr als 100 000 Einwohnern 4, mit mehr als 100 000 Einwohnern 6.

Die Stelle des Bürgermeifters (Oberbürgermeifters) und, wenn mehr als eine besoldete Stelle eingerichtet wird, die Stelle des Kämmerers muffen mit besoldeten Wahlbeamten besetzt werden.

- (2) Die Borfchriften des Abf. 1 finden auf die befoldeten Stellen der Burgermeifter (Dberbürgermeifter) und Beigeordneten in Städten, die nach der Bürgermeifterverfassung verwaltet werden, sinngemäße Unwendung. And bladen and and and an officher this
- (3) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, kann die Höchstzahl der besoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten) durch Ortsfatzung herauf= gesett werden. Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (4) Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes die Zahl der im Abs. 1 bezeichneten Magistratsmitglieder (Beigeordneten) über die im Abf. 1 Sat 1 bestimmte Höchstzahl hinausgeht, bleibt jedes

bon ihnen bis zur Beendigung seiner Amtszeit im Amte; endet die Amtszeit eines oder mehrerer dieser Magistratsmitglieder (Beigeordneten) und ist die Ubernahme der von ihnen versehenen Tätigkeit durch folche besoldete oder unbesoldete Magistratsmitglieder (Beigeordneten), deren Amtszeit noch weiterläuft, nicht tunlich, so kann die im Abs. 1 Sat 1 bestimmte Höchstzahl mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auch in den Fällen überschritten werden, in denen die Voraussetzungen des Abs. 3 nicht vorliegen. Jedoch ist bei Besetzung freier Stellen nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Magistratsmitglieder bei Freiwerden weiterer Stellen diese übernehmen können.

- (1) In Landgemeinden werden die Stellen des Gemeindevorstehers (der Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes) sowie der Schöffen ehrenamtlich verwaltet. § 2 Abs. 1 San 2, 3 findet sinngemäße Unwendung.
- (2) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, können durch Ortsfatzung in Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern die Stellen eines hauptamtlichen befoldeten Gemeindevorstehers oder Schöffen, in Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eines hauptamtlichen befoldeten Gemeindevorstehers und zweier Schöffen eingerichtet werden. Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) In Landgemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern ist die Einrichtung besoldeter Stellen ausgeschlossen. in Titel VIII and im He's deer Städtegramme für die leche ölllie

(4) Soweit in Landgemeinden beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Gemeindevorsteher (Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes) oder Schöffen mit Rechtswirksamkeit besoldet angestellt sind, verbleibt es bis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustande. Im übrigen findet § 3 Abf. 4 finngemäße Anwendung.

waltet. Die Wahlzeit endet gleichzeitig mit der Zögehlzeit der Gemeindeverrretung. Die Neuwahl In den Amtern werden die Stellen des Bürgermeisters und der Stellvertreter (der Beigeordneten) ehrenamtlich verwaltet. Im übrigen finden die Vorschriften des § 4 sinngemäße Anwendung. burch Ortslähung die Stelle eines hauptamtlichen befoldeten Burgermelfters oder St

herrn, Veigeordneten) eingerüchtet werden. Die .6 Besatung bedarf der Genehmigung der Ur Die Zahl ber unbesoldeten Magistratsmitglieder, Beigeordneten und Schöffen tann, soweit fie das Bedürfnis überschreitet, von der Aufsichtsbehörde nach Anhörung der Gemeindevertretung (Amtsvertretung) mit sofortiger Wirkung herabgesetzt werden. sind, verbleibt es dis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustande.

§ 7.

Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Ortssatzungen, durch welche die Zahl der Mitglieder der Vertretungskörperschaft in Gemeinden gegenüber der in den Gemeindeverfassungsgesepen vorgesehenen Grundzahl erhöht worden ist, treten gleichzeitig mit dem Ende der Wahlzeit der Bertretungskörperschaft außer Kraft. 210 ndem ichn ihm dadei 2000 od 210 ndem lim

mit mehr als 100 000 Cimpobnern.8 &

- (1) Für ehrenamtliche Tätigkeit sowie die Mitwirkung in gemeindlichen Vertretungskörperschaften darf von den Gemeinden und Gemeindeverbanden außer den baren Auslagen nur der nachweislich entgangene Arbeitsverdienst ersetzt werden, jedoch nicht über die nach reichsrechtlichen Borschriften einem Zeugen zustehenden Gebühren hinaus. Die Gewährung einer Pauschalentschädigung bleibt zulässig, wenn dadurch eine Mehrbelastung der Gemeinde (des Gemeinde berbandes) nicht eintritt; die Pauschalentschädigung wird durch Ortssatzung festgesetzt. Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann dem Bürgermeister (Gemeindevorsteher) außerdem eine mit seiner amtlichen Mühewaltung in billigem Verhältnisse stehende Entschädigung gewährt werden, dunnift icharische atminiset I so I fall mi sie rocht (norongroegisett) rochrigtim

der Stadt Berlin der Derpräfident, im übrigeneng Megierungspräfident. Soweit der Regierungs-

Die Gemeinden und Gemeindeberbände haben durch Ortssatzung Bestimmungen über die Entschädigung bei Dienftreisen und auswärtigen Beschäftigungen (Tage- und Ubernachtungsgelder, Erfat der Fahrtauslagen, Beschäftigungstagegelder) zu treffen. Die nach den staatlichen Grundfaten zu gewährenden Beträge durfen nicht überschritten werden. Die Ortsfatjung tann die Bewährung von Bauschalabfindungen für wiederholte Dienstreisen und auswärtige Beschäftigungen vorsehen, wenn dadurch unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zahl und voraussichtlichen Dauer der Dienstreisen und auswärtigen Beschäftigungen eine Mehrbelastung der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) nicht eintritt. Die Ortsfatung ift bis zum 15. Mai 1933 zu beschließen; fie bedarf der Genehmigung der Auffichtsbehörde.

§ 10.

Die Vorschriften des § 3 dieses Gesetzes finden auf die Stadtgemeinde Berlin keine Anwendung.

§ 11.

Der Minister des Junern ist ermächtigt, die zur Durchführung und Aussührung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. drafte sogsjed sojsid punglingente dun generalischen Erse

Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. April 1933.

(Stegel.)

Das Preußische Staatsministerium. linge in noch mitter

Die Kommissare des Reichs. bon Bapen. Göring.

Gefet über die Beendigung ber Amtszeit ehrenamtlicher Beamter bon Gemeinden and Gemeindeverbanden, über die Beftätigung von Gemeindebeamten und über Wahlen in den Sohenzollerischen Landen. Bom 6. April 1933. Il mad nadmidage

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

\$ 1.

- (1) Die Amtszeit der von den gemeindlichen Vertretungskörperschaften gewählten unbesoldeten Ehrenbeamten endet, soweit fie nicht auf Grund der bestehenden Vorschriften ohnehin nach Neuwahl der Vertretungskörperschaften neu zu mahlen find, mit dem Tage des Intrafttretens diefes Gesetze. Das gleiche gilt für Gemeindevorsteher und Schöffen, die von Gemeindeversammlungen gewählt der Kommunisitschen Pariei auf Ermd der SS 10 und 17 des Borläufigen Gesetze.dnif nedroor
- (2) Die Neuwahlen haben unverzüglich stattzufinden. Die nach Abs. 1 Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten mit ihren bisherigen Rechten und Pflichten in ihrem Amte. Das Geset tritt mit dem Tage der Berlügdzung in Kraft.

Uber die Bestätigung der Kreisdeputierten sowie der Amtsvorsteher und ihrer Stellvertreter entscheidet der Regierungspräsident.

Das Breußische .& Praisministerbunt.

Die gewählten Bürgermeifter, befoldeten und unbefoldeten Beigeordneten, die befoldeten und unbesoldeten Magiftratsmitglieder in Stadtgemeinden bedürfen der Bestätigung. Uber die Beftätigung entscheidet bei Burgermeiftern der freisfreien Städte das Staatsministerium, bei Mitgliedern des Magistrats der Stadt Berlin, Bezirksbürgermeistern und Mitgliedern der Bezirksämter der Stadt Berlin der Oberpräsident, im übrigen der Regierungspräsident. Soweit der Regierungspräsident über die Bestätigung entscheidet, kann sie nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschußes die Zustimmung ab, so kann sie auf Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Junern ergänzt werden.

§ 4.

In Landgemeinden bedürfen die Gemeindevorsteher (Bürgermeister), die Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes sowie die Schöffen (Beigeordneten) der Bestätigung des Landrats. Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Lehnt der Kreisausschuß die Zustimmung ab, so kann sie auf Antrag des Landrats durch den Regierungs-präsidenten ergänzt werden.

§ 5.

In den Städten der Hohenzollerischen Lande erfolgt die Wahl des Bürgermeisters, des Beigeordneten und der Schöffen nur durch die Gemeindevertretung.

§ 6.

Der Minister des Innern ist ermächtigt, die zur Ergänzung der Borschriften in §§ 3, 4 und zur Durchführung und Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

§ 7.

Die Vorschriften der §§ 3, 4 treten mit Wirkung vom 13. März 1933 in Kraft. Im übrigen tritt das Gesetz am Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. April 1933.

(Stegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs. von Papen. Göring.

(Rr. 13864.) Geset zur Aussührung des Gleichschaltungsgesehes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31. März 1933. Bom 6. April 1933.

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Für die Beschlußfähigkeit sowie die Feststellung einer einsachen oder besonderen Mehrheit oder Minderheit in Vertretungskörperschaften von Gemeinden und Gemeindeverbänden gilt die gesetzliche (satungsmäßige) Zahl der Mitglieder der Vertretungskörperschaften als um so viel versmindert, als Sitze dadurch nicht besetzt werden, daß die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei auf Grund der §§ 10 und 17 des Vorläusigen Gesetzes zur Gleichsschaftung der Länder mit dem Reiche unwirksam ist.

§ 2. Tallabaragualli

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Berkündung in Kraft.

Berlin, den 6. April 1933.

(Stenet)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Göring.

(Nr. 13865.) Geset über die Erklärung der Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Verbands= versammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Vom 6. April 1933.

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Einziger Paragraph.

Die gemäß §§ 5 und 7 der Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 5. Mai 1920 (Gesetsjamml. S. 286) von den durch die Verordnung vom 4. Februar 1933 (Gesetsjamml. S. 21) aufgelösten Vertretungen der Mitglieder — Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen — für die IV. Wahlperiode der Verbandsversammlung vorgenommenen Wahlen werden für rechtsunwirksam erklärt.

Berlin, den 6. April 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

bon Bapen.

Göring.

Befanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Februar 1933

über die Genehmigung des von der Schlesischen Generallandschaftsdirektion am 25. Januar 1933 gefaßten Beschlusses über Anderung der Bestimmungen über die landschaftliche Zwangsverwaltung

durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 11 S. 97, ausgegeben am 18. März 1933;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums bom 2. März 1933

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Schippenbeil für die Er= haltung des sogenannten Wollberges

durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg Nr. 14 S. 87, ausgegeben am 18. März 1933;

3. ber Erlag des Preugischen Staatsministeriums vom 6. März 1933

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Brachwitz für die Anlagen zur Versorgung der Gemeinde mit Trinkwasser einschl. der Zusahrtswege und der erforderlichen Rohrleitungen

durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 12 S. 53, ausgegeben am 25. März 1938.

(912-18865) Gelth ider vie Erlinung der Nechtschindelkankeit von Alafilen zur Berbands

Das Craatsministering, but indentee Seles Belthellest, and Octum

Cinziger Paragraph.

Die genähres Fand Gesethaund. E. 288) von der hierd die Werdelingsverdung vom 4. Februar 1988 (Befehrannt, E. 21) aufgelöften Vertranugen der Hirch die Verdrung vom 4. Februar 1988 (Befehrannt, E. 21) aufgelöften Vertranugen der Mitglieder — Erdbiverorderenverhaumfüngen, Kreistagen — für die IV. Bahlperiede der Verdandsverfammfung vorgenammenen Wahlen werden für rechteundrifam erflärt.

Berlin, den 6. April 1983.

Oas Breußliche Staatsministerium

(Siegel.)

School and an Manager ales

u de se me matindische von Papen. Estate de sein Görling, von gemedifikund von

The Northern der 55 %, a creten wir Libertus down 12. Warz 1938 in Night. I'm Ubrigen das Weser von Tage der Berstunds,punchamitunatelle

Nach Borfchrift des Gefenes vom 10. April 1872 (Geschlammt. E. 357) find befannigewocht:

1. der Erlaß des Preuhitigen Staatsministeriums vom 23. Februar 1933 über die Genehmigung des von der Schlesischen Generallandschliebirektion am 25. Januar 1933 geschien Beschusse über Anderwug der Bestimmungen über die landschaftliche Procugsvervollung der E

burch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 11 S. 97, ausgegeben am 18. März 1933;

2. der Erlaft bes Preußischen Staatsminissertums vom 2. Märg 1933

über die Berleibung des Enfeignungsrechts an die Bemeinde Schippenbeil für die Be-

durch das Amisblatt der Regierung in Königsberg Rr. 14 S. 87, ausgegeben am 18. Mirz 1933; 8. der Erfoß des Breukilden Staatsministeriums vom 6. März 1933

über die Verleihung des Enteignungörechts an die Gemeinde Brachich für die Anlagen groch dasse geneingen der Cemeinde mit Trinfwasser einsche der Zusahrtswege und der ersorderlichen Robrieihungen geställt der Regierung in Mersedurg Ik. 12 S. zusgegeben am La Marz 1983.

na destructivities Perks on Grund der die tre von 17 des Vorläufigen Gefeges zur Gleich weitung der Länder mit dem Briche nursirfnen ift.

Was Grieb frift mit dem Zage der Berfradung in Araft

Derfin, ben G. Mont 1985

Das Licentificie Stantombilievina.

Herensgegeben von Perufisien Stanfelminiserhim. — Dirac: Preugige Arnaerer und derlagen Perufig. — Dirac: Preugige Arnaerer und der Schone-Alfriengeschichten Berlin Berlingen Berlingen Berling der Berling der Geschaften Berling der Berling der Berling der Geschaften Geschaften Berling der Berling von Berling von Berling und der Berling der Berlingen der Berling der Berling der Berling der Berling der Berlingen Geschaften Berlingen der Berling der Berling der Berling der Berling der Berling der Berling der Berlingen bei Berlingen der Berling der Berl